

höchste Zeit...
Kerger vermie...
dar das Dekreis...
in den letzten...
Schneiden des...
wissen, daß wir...
das Obst auf den...
haben.
arten, daß das...
Anfang Oktober...
ist.
arl Zügel.
mann. Calw.
druderei. Calw.
n. D. G.-B
e u. Schuhen
n. 5 Uhr an.
ren wollen baldigst
verschied. Aufträgen
Kinderwäsche
rden am Dienstag
n abgegeben.

Zavelstein und
das
sche
nommen
in, meine Kunde
te um geneigten
enburger,
r's Nachfolger.

omaschinen-
elfältigungen
der Art
nell. Adresse durch
ststelle zu erfragen.
neraugen
radikal, "L. cret"
bei: Huthstener &
Ritter-Drogerie.

ier!
en Spalten
kleinen An-
nen findet
praktische
srau gute
legenheit
erflüssig.
ausgerät
zu ver-
kaufen!

chherd,
ten, 2 Kochlöcher,
Wasserschiff,
steht billigst
ite, Atthengstett
pre Stück.

cke



Nr. 256. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 95. Jahrgang.
Verrechnungswerte: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Spalte 60 Hg. wöchentlich. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 6.
Dienstag, den 2. November 1920.
Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mf. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis Mf. 12.90 mit Postgelde. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Wiederaufleben des Kriegs im Osten.

Neue Offensive der Bolschewisten gegen Wrangel.
(W.B.) Konstantinopel, 1. Nov. Die Bolschewisten haben an der ganzen Front die Offensive wieder aufgenommen. Die Truppen Wrangels werden zurückgebrängt. Sie haben Berdiansk und Alexandrowst geräumt.
* Das durch den Abschluß des russisch-polnischen Waffenstillstands und Vorfriedens ermöglichte Freiwerden bolschewistischer Truppen macht sich, wie in Sibirien gegen Semenov nun auch gegen Wrangel bemerkbar. Im ganzen beträgt nach einer Meldung der „Morningpost“ aus Moskau die Stärke der Roten Armee heute noch 84 Divisionen. Der Moskauer Große Rat beabsichtigt nicht, diese Streitkräfte zu demobilisieren. Man wird allerdings damit rechnen müssen, daß diese Truppen nicht ganz für kriegerische Operationen an den Grenzen Verwendung finden werden. Angesichts der bedrohlichen Lage im Innern, vor allem der Unruhen in Moskau, die sogar die Herbeiziehung roter Detachements aus Petersburg nötig machten, wird ein großer Teil der zuverlässigen Truppen zur Niederschlagung einer eventuellen Gegenrevolution bereit gehalten werden müssen.

Neuerung bolschewistischer Regimenter.

(W.B.) Paris, 1. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Helsinki haben in Moskau mehrere Regimenter der Roten Armee gemeutert. Die Sowjetregierung habe die kommunistischen Detachements von Petersburg aufgerufen, um die Ordnung wiederherzustellen.

Vor englisch-bolschewistischen Kämpfen in Persien.

Rotterdam, 1. Nov. „Daily Telegraph“ meldet aus Maschad: Persische Kosaken, die sich hinter die englischen Linien zurückgezogen haben, sind offenbar demoralisiert. Die Engländer haben mit den Bolschewisten an der Straße Kaswin—Neisht Gefechte.

Bolschewistischer Protest gegen Angriffe englischer Truppen und Kriegsschiffe.

(W.B.) London, 2. Nov. (Reuter.) Krassin hat gestern dem britischen Auswärtigen Amt die Abschrift einer Note der Moskauer Regierung zugestellt, in der dagegen Einspruch erhoben wird, daß britische Kriegsschiffe Befehl erhalten hätten, bolschewistische U-Boote im Schwarzen Meer und in der Ostsee anzugreifen, da die Moskauer Regierung sich nicht als im Kriegszustand mit Großbritannien befeindlich betrachte. — Eine andere Note protestiert gegen die Streifzüge der Streitkräfte von Balaschewitsch und Petljura in Weißrußland und in der Ukraine und verlangt, daß die englische Regierung die Operationen der Genannten nicht unterstütze oder begünstige.

Englische Herrschaft in der Ostsee.

Berlin, 1. Nov. (Abendblätter.) Der Kapitän des heute in den Hafen von Danzig eingelaufenen finnischen Dampfers „Ariadne“ teilt mit, daß der Dampfer in der Ostsee von einem englischen Kreuzer angehalten wurde. Dabei seien 8 Passagiere verhaftet und auf den englischen Kreuzer gebracht worden. Angeblich handelt es sich um russische Bolschewisten.

Die türkisch-armenischen Kämpfe.

(W.B.) London, 2. Nov. Reuter erzählt, in armenischen Kreisen in London sei ein Telegramm aus Marivan vom 27. Oktober eingegangen, wonach die Stadt Hadschin gefallen sei. 10 000 Armenier, welche den türkischen Nationalisten seit März d. J. Widerstand geleistet hatten, seien niedergemetzelt worden. — (Reuter hat selbstverständlich die Absicht, Stimmung für die Armenier zu machen.)

Ausland.

Der irische Freiheitskampf.

(W.B.) Rotterdam, 1. Nov. „N. N. Courant“ meldet aus London: Der 19jährige Student der Medizin, der in Dublin wegen Teilnahme an einem Angriff auf die Polizei zum Tode verurteilt worden ist, wurde heute vormittag gehängt. Man sieht in ihm einen neuen Märtyrer für die irische Sache. Gestern Abend haben Tausende vor seinem Gefängnis gebetet.

(W.B.) London, 1. Nov. (Reuter.) Amtlich wird aus Dublin gemeldet: Gestern Abend wurden auf Polizei und Militär in Irland 14 Angriffe ausgeführt. 6 Polizisten wurden ermordet (?), 8 verwundet; ferner wurden 2 Militärpersonen verwundet.

(W.B.) London, 2. Nov. (Reuter.) Zur Vergeltung von Angriffen auf die Polizei wurden vorgestern Abend in ver-

schiedenen Ortschaften Irlands scharfe Repressalien ausgeübt. In Tralee wurde die Landeshalle niedergebrannt und zahlreiche Geschäftsläden durch Bomben und angelegte Feuer zerstört. In Dungannon (Ulster) wurden zahlreiche Läden geplündert und demoliert. In Tipperary wurde die Ortschaft Ballyduff-Kerry teilweise zerstört. — (Das sind echt englische Methoden, den Freiheitsdrang eines Volkes zu bekämpfen.)

(W.B.) London, 1. Nov. Griffith, der Führer der Iren, erklärte am Grabe des Bürgermeisters von Cork, der Tod des Bürgermeisters werde dazu beitragen, die irische Politik zu konsolidieren.

Zur englischen Bergarbeiterbewegung.

Amsterdam, 1. Nov. Wie „Allgemein Handelsblatt“ aus London meldet, wird das Ergebnis der heute begonnenen Abstimmung unter den Bergleuten am Mittwoch auf der nationalen Konferenz der Bergleute bekanntgegeben werden.

Cardiff, 1. Nov. Die Bergarbeiter von Südwales haben gestern beschlossen, den Bergarbeitern anzuraten, die vorgeschlagenen Bedingungen abzulehnen. — Als Reuter vor ein paar Tagen meldete, die Bergarbeiterbewegung sei beendet, da war das eine — Reutermeldung, denn tatsächlich war nur zwischen der Regierung und den Führern die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, während über die Annahme der Arbeitsbedingungen noch Abstimmungen gemacht werden.

Deutschland.

Die furchtbaren Folgen des Hungerkriegs.

Berlin, 2. Nov. In einem zweiten Artikel, den Gothein im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht, schreibt er gegenüber den Darstellungen Beringers, Lardius und Laskines über die Entwertung der deutschen Volkskraft, daß die Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeiters durch die Unterernährung furchtbar zurückgegangen sei. Er führt an, daß der Kinderarzt Universitätsprofessor Drügalst in Halle a. S. starke Unterernährung und auffallende Blutarmut bei 90 Prozent der Kinder der Volksschulen, bei 93 Prozent in den Mittelschulen und 80 Prozent in den Gymnasien konstatiert hat. Etwa ein Viertel aller Kinder vermag infolge allgemeiner Schwäche insbesondere der Rückenmuskulatur die Wirbelsäule nicht mehr aufrecht zu tragen. In Breslau sind von 108 000 Schülern 50 000 unterernährt, in Karlsruhe von 20 300 Kindern 15 000. Auch der Nahrungsbedarf der Kinder ist oft nicht zur Hälfte gedeckt und erhöht die Krankheitsanfälligkeit. Die Ausichten, daß das heranwachsende Geschlecht arbeitsfähig wird als das gegenwärtige, seien also gleich null; im Gegenteil dürfte die Arbeitsleistungsfähigkeit noch weiter zurückgehen. So werde Clemenceaus Ziel, das heutige deutsche Volk um weitere 20 Millionen zu verringern, auf dem Wege der Auszehrung in nicht allzu ferner Zeit erreicht sein.

Wiederaufnahme des regelmäßigen Warenverkehrs mit dem feindlichen Auslande.

* Berlin, 2. Nov. Das „B. Tgl.“ meldet aus Basel, daß von heute ab der regelmäßige Warenverkehr zwischen Deutschland einerseits und Frankreich, Belgien und England andererseits wieder aufgenommen wird.

Das Zentrum und Erzberger.

Berlin, 2. Nov. Unter starker Beteiligung aus allen Teilen des Reichs trat gestern in Berlin der Reichsausschuß der deutschen Zentrumspartei zusammen, um neben wichtigen Fragen der inneren und äußeren Politik auch Organisationsfragen zu verhandeln. Es wurde auch, wie die „Germania“ mitteilt, die Angelegenheit Erzberger erörtert. Die Verhandlungen führten hier zu einem allseitig befriedigenden Ergebnis. Erzberger gab aus freiem Entschluß die Erklärung ab, daß er sich bis auf weiteres an den Reichstags- und den Fraktionsverhandlungen nicht beteiligen werde. An den Bischof von Trier, der morgen sein 80. Lebensjahr vollendet, wurde ein telegraphischer Glückwunsch gesandt.

Beförderung zur Abstimmung in Oberschlesien

* Laut „Bos. Ztg.“ hat die Eisenbahnverwaltung bereits Anordnungen für die Beförderung der Abstimmungsberechtigten nach Oberschlesien getroffen. Die Beförderung soll in der Hauptsache in Sonderzügen, 10 Tage vor und 10 Tage nach der Abstimmung erfolgen. Die Fahrpreise, die auf den Namen des Abstimmungsberechtigten lauten, werden von dem Deutschen Schutzbund ausgegeben und durch die vereinigten Verbände heimatischer Oberschlesier den Abstimmungsberechtigten ausgehändigt.

Nichtbestätigung Löwensteins und Eichhorns.

Berlin, 1. Nov. Der zum Stadtschulrat gewählte Dr. Löwenstein und der ehemalige Polizeipräsident Eichhorn haben die Bestätigung als Mitglieder des neuen Magistrats von Groß-Berlin nicht erhalten. — Gegen die Wahl Dr. Löwensteins lehnte sich bekanntlich die gesamte christlich-religiöse Elternschaft auf, weil er Dissident ist, Eichhorn aber hat, wie bekannt, einen Berliner Putz auf dem Gewissen.

Der Nationalverband deutscher Gewerkschaften gegen die Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

* Berlin, 1. Nov. Der Nationalverband Deutscher Gewerkschaften faßte einstimmig den Beschluß, die Sozialisierung des Kohlenbergbaus abzulehnen, da nicht zu erwarten sei, daß durch sie eine Steigerung der Produktion und eine Herabsetzung der Kohlenpreise erreicht werden könne, vielmehr das Gegenteil zu befürchten sei.

Schließung der Vorfingwerke in Berlin.

* Berlin, 1. Nov. Auf den Berliner Vorfingwerken streiten 300 Facharbeiter wegen nicht erfüllter Lohnforderungen. Infolge dieser Behinderung des Betriebs werden die Werte mit 5000 Arbeitern heute geschlossen.

Riesenunterhaltung.

* Berlin, 1. Nov. Die „B. Z. a. M.“ meldet aus Hamburg: Der Direktor einer Konzertagentur und Berleger der Hamburger Theaterzeitung, Erich Brieger, ist nach Unterschlagung von annähernd 700 000 bis 800 000 M geflüchtet. Unter den Geschädigten befinden sich namhafte Künstler und bekannte Konzerttablissements.

Reichstag.

Die Aussprache zum Reichshaushalt.

* Berlin, 30. Okt. Die allgemeine Aussprache zum Reichshaushalt wird fortgesetzt:

Abg. Schiffer (Dem.) betont: Wir dürfen keine Gelegenheit veräumen, immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Friedensvertrag von Versailles eigentlich ein Rechtsbruch ist und eine Vergewaltigung der Wilsonschen Punkte, auf die wir uns seinerzeit verlassen hatten. Wir sind durch den Friedensvertrag um dieses Wilsonsche Programm betrogen worden. Unserer Abriistung soll eigentlich die internationale Abriistung folgen. Doch ist bis jetzt damit noch kein Anfang gemacht worden. Man muß allerdings auch zugeben, daß die Verhältnisse in der Welt dazu jetzt noch nicht angetan sind. Nur vereinzelte Stimmen stellen sich auf den Boden der Gerechtigkeit und des Rechtes. Demgegenüber kann nicht laut genug betont werden, welche Verwirrung der Friedensvertrag angerichtet hat. Überall tauchen fortgesetzt neue Gegenätze auf. Der Völkerebund ist zum Gespött der Welt geworden. Englands schwierige Lage erkenne ich an. Ueberall nagt es an seinem Weltmonopol. In Rußland hat es eine harte Nuß zu knacken und der Riesenstreit bedroht seine Produktion. Das bedauere ich umso mehr, als es so augenblicklich die Hand nicht frei hat, um den Hegemoniebestrebungen Frankreichs auf dem Kontinent entgegenzutreten. Redner nimmt sodann, gegen die Ausführungen Scheidemanns polemisierend, den General von Seeckt in Schutz und die Offiziere. Daß letztere zahlreiche Fehler begangen haben, ist Tatsache. Aber die strenge Pflichterfüllung ist hoch anzuerkennen, mit der sie sich der traurigen und schmerzlichen Arbeit der Abriistung unterzogen haben. Was Oberschlesien und die Ausführungen des Grafen Westarp betrifft, so meint Redner, daß ein Staatsmann nicht nach seinen eigenen Wünschen verfahren kann. Auch die Sozialisierung ist von großer Bedeutung. Sie muß nach Angaben des Abg. Scheidemann vernünftig erfolgen. Nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch andere haben für die Arbeiterchaft Verständnis. Der Abgeordnete geht dann auf den Etat ein und fordert Sparjamkeit. Er verstehe das Mißtrauen der Arbeiter gegen den 10 proz. Lohnabzug, da diese nicht überzeugt seien, daß auch die Reichsneuen entsprechend herangezogen würden. Hier fehlt es an der genügenden Aufklärung. Viel zweckmäßiger aber würde es sein, wenn man die Einziehung der Steuern den Industriellen- und Handelskammerorganisationen überlassen würde, zumal man eine Anzahl von Beamten sparen könnte. Es ist überhaupt ein Irrtum, daß eine Verwaltung um so besser arbeitet, je größer sie ist. Er frage, was aus dem Ausschuß zur Vereinfachung des Verwaltungsapparats geworden sei. Bei der Justizverwaltung könnten durch Einschränkung der übermäßigen Rechtsprechung ebenfalls viele Beamte gespart werden. Wenn die Sozialdemokratie

nicht wolle, so dürfe sie sich nicht beklagen, wenn ohne sie regiert wird. Wir verlangen aber auch von der Regierung, daß sie nicht immer nach der Sozialdemokratie hinsieht. Andererseits müsse diese ewige Unruhe und die Gerüchte von Ministerstürzen aufhören, damit endlich einmal die Hand an den Aufbau gesetzt werden könne.

Abg. Däumig (U. S. links) erkennt an, daß in den Reden der Minister ein Kern Wahrheit liege. Er polemisiert gegen die Rechte und fragt, ob sie wirklich glaube, die Monarchie wieder aufzurichten zu können. Sie werden es niemals fertig bringen. Wir wissen, daß es mit Ihnen (nach rechts) einen Kampf Auge um Auge, Zahn um Zahn geben wird. Darauf bereiten wir uns vor. Der Versailler Vertrag ist nur das Echo des Vertrags von Brest-Litowsk. Der Entente kann jetzt keine andere Macht entgegenreten, als die organisierte Arbeitererschaft. Nicht nur in Westeuropa, nein, auch in England machen sich schon die Anzeichen eines Wandels bemerkbar. Andererseits sei aber zwischen dem deutschen und dem französischen Militarismus kein Unterschied. Und wenn es gegen die Arbeitererschaft oder gegen den Bolschewismus gehe, so würden beide sich im Dienste des Kapitalismus finden. Wir wollen den Sozialismus, und zwar gleich, und wir werden ihn erkämpfen mit unserm Blute. Auch die Heilmittel, die empfohlen werden, und insbesondere das Rezept des Abg. Dr. Heim, gefallen uns nicht. Der Sozialisierungsgedanke marшиert nicht. Wir werden nichts erreichen, die Vorschläge, die gemacht werden, sind nur Attrappen des Kapitalismus. Eine andere Sozialisierung werde sich aber in diesem hohen Hause nicht durchführen lassen. Alle Zeitereignisse müssen ausgenutzt werden, um die Mobilisierung der Arbeitererschaft vorzubereiten. Die Neukommunistische Partei werde deshalb ihre Kraft einziehen, um die Arbeitererschaft aufzupeitschen. Die Reichswehr müsse verschwinden. Die Entwaffnung habe dafür gesorgt, daß die Arbeitererschaft entwaffnet würde. Die Orgeß-Organisationen seien dagegen völlig gerüstet. Die Arbeiter aber seien auf der Hut und würden zielbewußt dieser Macht eine andere gegenüberstellen. Das parlamentarische System sei ein Hohn. Nur das Rätesystem sei geeignet, das Recht der Arbeiter zu wahren.

Abg. Müller-Franken (Soz.) polemisiert gegen die beiden Vorredner und betont, die Werbung unter der Arbeitererschaft erfolge nicht im Parlament, sondern in Volksversammlungen. Gegen das Kulturverständnis, das in der Forderung der Zerstörung der Dieselmotoren liege, habe auch seine Partei Einspruch erhoben. Zur Autonomiefrage in Oberschlesien meinte der Redner, Oberschlesien solle selbst entscheiden, ob es bei Preußen bleiben wolle. Beim Reiche bleibe es jedenfalls. Daß der Vertrag von Versailles residiert werden müsse, sei klar. Eine Revision könnten wir aber nur erreichen, wenn wir der Welt begreiflich machen könnten, daß bei uns ein neuer Geist eingezogen sei. Die Mahnung zur Sparsamkeit fordert zur Nachprüfung heraus, ob im Heeresdienst alle die Pferde und Offiziere erforderlich seien. Scheidemanns Ausführungen seien mitbestimmt aus der Sorge um den Bestand der Republik. Die ewigen Putzschäden bedrohen die Einheit des Reiches. In der Völkervereinigung teilt der Redner den Standpunkt des Ministers, wünscht aber doch, daß ein allgemeiner Völkerverbund mit Einschluß Rußlands und Deutschlands zustande komme. Müller greift sodann die Rechte an, weil sie in den Novembertagen keine Stimme für die Monarchie erhoben habe, jetzt aber so tue, als ob sie auch damals ihr Hüter gewesen wäre. Redner wandte sich sodann gegen Dr. Heim, der sich über das Programm der Bayer. Volkspartei ausgedehnt habe. Daß eine monarchistische Bewegung in Bayern im Werte sei, sei klar. Aber dafür sei in der deutschen Republik kein Platz. Die bayerische Arbeitererschaft werde dagegen Einspruch erheben. Im übrigen habe Bayern kein Recht, Verträge mit dem Ausland abzuschließen. Wenn das Recht auf Selbstschutz, wie es die Orgeß darstellt, als zurzeit selbstverständlich betrachtet werde, dann hätte auch die Arbeitererschaft das Recht, sich zu schützen. Die Uebertritte nach Litauen gehören zu dem gleichem Kapitel. Warum wird die mit dem Grenzschutz betraute Sicherheitspolizei nicht durch die Reichswehr unterstützt. Erst wenn der militärische Geist in Deutschland endgültig begraben ist, werden wir im Ausland zur Abreise kommen. Einen Sturz der Regierung wolle seine Partei solange vermeiden, als nicht die Deutsche Volkspartei die Durchführung ihres Wahlprogramms durchgeführt habe. Desgleichen dränge sie sich nicht nach einer Beteiligung an der Regierung. Zur Sozialisierung wünschte der Redner, daß diese nicht etwa in russische Bahnen kommen solle. Der Vorschlag 1 der Sozialisierungskommission sei das zu erstrebende Ziel.

Reichswehrminister Geiger bezeichnet es als unerhört, wenn solche Uebertritte in Ostpreußen erfolgt sein sollten, wie der Vorredner sie soeben besprochen habe. Er habe noch eben in einem Ferngespräch vom Oberpräsidenten von Ostpreußen erfahren, daß die Berichte von einem Uebertritt mit Geschützen stark übertrieben wiedergegeben seien. Seit dem 15. Oktober habe niemand mehr die Grenze überschritten.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen bittet der Präsident, den Etat einstweilen dem Haushaltsausschuß zu überweisen, die Beratungen aber fortzusetzen. Das Haus beschließt demgemäß. — Weiterberatung: Donnerstag, 4. November, nachmittags 3 Uhr. Schluß: 1/3 Uhr.

Abchied von Stadtpfarrer Schmid.

* Bestehte Kreise der evangelischen Kirchengemeinde Calw haben es mit großem Bedauern empfunden, als vor einigen Wochen die Kunde die Stadt durchwehte, Stadtpfarrer Schmid wolle seinen Wirkungskreis verlassen, um als Stadtpfarrer nach Neuffen zu gehen. Hatte sich der bewährte Geistliche doch in 26jähriger Tätigkeit durch seine umfangreiche, mit hohem reli-

Amfliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist in Waisenhof (Dt. Reichenbühl) ausgebrochen. Oberamt: Gös.

Calw, den 30. Oktober 1920.

Die Maul- und Klauenseuche ist in Hirsau erloschen. Die Spermaßregeln für die Gemeinde als Sperr- und Beobachtungsgebiet werden aufgehoben. Hirsau liegt nur noch im 15-Kilometer-Umkreis. Oberamt: Gös.

Calw, den 30. Oktober 1920.

Die Maul- und Klauenseuche in Simmozheim ist erloschen. Die Spermaßregeln für den Sperrbezirk werden aufgehoben. Die Gemeinde bleibt jedoch bis auf weiteres im Beobachtungsgebiet wegen der zurzeit noch herrschenden Seuche in Wörlingen. Oberamt: Gös.

Calw, den 30. Oktober 1920.

großem und sittlichem Ernst geführte Seelsorge-, Erziehungs- und christliche Fürsorgetätigkeit ein so großes Maß von Vertrauen und Anhänglichkeit seitens seiner Gemeinde erworben, daß man begreifen kann, daß viele der Gemeindeglieder sich mit dem Weggang nicht so rasch abzufinden vermögen. Welcher Werteschatz und Zuneigung sich der Scheidende und seine Familie in unserer Stadt zu erfreuen gehabt hat, das zeigte sich so recht an dem Abschieds-Abend, zu dem Dekan Zeller und Stadtschultheiß Göhner die evangelische Gemeinde auf Sonntagabend in den „Dreißigen Vortellern“ eingeladen hatte. Der große Saal samt anstoßenden Räumlichkeiten reichte nicht aus, um die Teilnehmer zu fassen, die aus allen Kreisen der Bevölkerung gekommen waren, um noch ein paar Stunden des Gedankens mit ihrem verehrten geistlichen Ratgeber und Führer zu erleben.

Der Vorsitzende der Veranstaltung, Dekan Zeller, brachte den Dank der Gemeinde zum Ausdruck, daß der Scheidende mit seiner Familie sich bereitgefunden habe, dem Bedürfnis der Gemeindeglieder Rechnung zu tragen, außerhalb des Gotteshauses zum letzten Mal mit ihnen zusammen zu sein. 26 Jahre lang habe Stadtpfarrer Schmid mit lebendiger Ueberzeugung und starker Kraft unter Gottes Segen in der evangelischen Gemeinde gepredigt, und Freud und Leid mit ihr geteilt. Vor 7 Wochen habe ihm die Gemeinde zur silbernen Hochzeit gratulieren dürfen, im vorigen Jahre zum 25jährigen Amtsjubiläum. Heute aber sei es ein wehmütiges Fest des Abschieds. Es sei eine bekannte Tatsache, daß der Wert einer Persönlichkeit erst beim Abschiede so recht vor die Seele trete und so sei es selbstverständlich, daß zum Abschiede lebhafter Dank dem treuen Seelsorger ausgesprochen werde, der so lange Jahre seine ganze Kraft der Gemeinde gewidmet habe. Nicht nur im Namen des Kirchengemeinderats, sondern auch der ganzen Gemeinde habe er treuen, herzlichen und aufrichtigen Dank auszusprechen. Der Scheidende habe nicht nur viele Jahre das Wort Gottes gepredigt, er habe auch eine rührige erzieherische Arbeit an der Jugend geleistet, im Religionsunterricht, im Jünglingsverein, ein reiches Maß von Wirksamkeit, die auszusprechen nicht möglich sei. Neben die Arbeit der Seelsorge in der Kirche und Schule sei die persönliche Verbindung mit den Familien getreten, durch Taufe, Konfirmation und Eheschließungen, und auch am Leid der Gemeindeglieder habe er teilgenommen durch Tröstung der Kranken, Fürsorge für die Armen und Hinterbliebenen. Der Kirchengemeinderat, der Frauenkreis haben durch seine reichen Kenntnisse der hiesigen Verhältnisse viel Gelegenheit gehabt, Gutes unter den hiesigen Armen zu tun. Auch das Bezirkskrankenhaus sei von Herrn Stadtpfarrer seelsorgerisch versorgt worden, und namentlich während der Kriegszeit habe er segensreich wirken können. Alle diese Dienste verpflichten die Gemeinde zu bestem, treuestem Dank. Auch für sich selbst danke der Redner dem Scheidenden für die Hilfsbereitschaft, die dieser ihm bei seinem Amtsantritt habe zuteil werden lassen, wodurch er sich rascher habe einzufinden vermocht. Auf seinem neuen Weg begleiten den Herrn Stadtpfarrer und seine liebe Familie die besten Wünsche der Gemeinde, und die Heimat, als die ihm und seiner Familie Calw doch gelte, rufe ihn „auf Wiedersehen“ zu.

Stadtschultheiß Göhner brachte den Dank der bürgerlichen Gemeinde zum Ausdruck für alles, was der Scheidende für sie geleistet habe, denn er habe seine umfangreiche Wirksamkeit nicht nur auf sein geistliches Amt beschränkt, sondern seine Fürsorge allen Schichten der Bevölkerung zugute kommen lassen. Mit welcher Liebe habe er sich der Fürsorge der Kleinen in der Kinderschule, deren Vorstand er 25 Jahre gewesen sei, hingeeben, ebenso gebühre ihm herzlicher Dank für seine langjährige Tätigkeit als Ortschulinspektor; von der Ortschulbehörde wie von der Schule sei er daher beauftragt, in ihrem Namen für die dort geleistete verdienstvolle Arbeit Dank zu sagen. Dem Jünglingsverein habe er stets schöne Gelegenheiten zu edler Geselligkeit gegeben, weshalb die Mitglieder wie deren Eltern sein Scheiden herzlich bedauern. Auch dieser Redner gedachte der regen Wirksamkeit des Herrn Stadtpfarrers und seiner Bemühungen auf dem Gebiete der Armen- und Krankenfürsorge. Viele von diesen würden heute im Stillen ihren Dank abstellen. Wenn auch der Gemeinderat bedauere, daß der bewährte und verehrte Seelsorger die Stadt verlasse, so könne man doch verstehen, wenn er diesen aufreibenden, Kraft verzehrenden Posten mit einer ruhigeren Wirkungsstätte verlauschen wolle. Mit der Uebermittlung der herzlichsten Wünsche des Gemeinderats und der ganzen Stadt verband der Redner zum Schluß die Uebergabe einer Ehrenspende in Gestalt einer feinen Madierung der Nikolauskapelle (von Prof. Geiner).

Im Auftrag der beiden Calwer Handelsschulen widmete Dr. Weber dem Scheidenden herzliche Abschiedsworte. Seit vielen Jahren habe Stadtpfarrer Schmid den Religionsunterricht in den beiden Schulen, der einen wesentlichen Teil der Erziehung der Jugend ausmache, in liebenswürdiger Weise übernommen, und dabei schönste Erfolge gezeitigt, trotzdem in manchen Klassen Schüler mit geringen Vorkenntnissen gewesen seien. Alle Schüler würden ihm daher in ihrem späteren Leben Dank schul-

den für den guten Samen, den er in ihre Herzen gepflanzt habe. Die Anfälle würden die erspriechliche Tätigkeit des Herrn Stadtpfarrers nie vergessen. Gymnasialdirektor Dr. Knodel wies auf die Bestrebungen der letzten Zeit hin, den Religionsunterricht aus der Schule zu verdrängen. Es sei unsere Pflicht, das künftige Gut des Evangeliums Jesu zu erhalten der Zeitströmung zum Trotz. Stadtpfarrer Schmid habe es verstanden, die reifere Jugend des Realprogymnasiums und der Realschule durch seinen lebendigen Unterricht in die Wahrheiten des Wortes Gottes einzuführen, und sie in sittlich-religiöser Beziehung mit reichen Gaben auszustatten, die sie auf ihren künftigen Lebensweg mitnehmen dürften. Nach einer humorvollen Betrachtung über das freundschaftliche Zusammenleben der beiden Familien wünschte er dem Scheidenden und seiner Familie, daß sie auch in Neuffen bald Fuß fassen möchten.

Stadtpfarrer Schmid erwiderte, daß er eines solchen Meers von Güte, Wohlwollen und wohlwollender Beurteilung seiner Tätigkeit Mühe habe sich zu erwehren; und er sage allen von ganzem Herzen Dank für diesen Abend, zu dem die Angehörigen der evangelischen Gemeinde so zahlreich erschienen seien, und ihm dieses reiche Maß von Freundlichkeit und Wohlwollen entgegengebracht hätten. Ein Abschied sei immer etwas Schweres, und es sei doch wertvoll, daß man erfahre, man ist nicht umsonst dagewesen, und man habe dafür, wofür man sich eingesetzt habe, Verständnis gefunden. Schon im Jahre 1915, als Dekan Roos gegangen sei, habe er sich überlegt, ob er nicht auch gehen, und einer jüngeren Kraft Platz machen wolle, wo doch jetzt so viel Jugend vorhanden sei, die neue Ideen und neue Wege wolle. Jetzt sei es noch die rechte Zeit zum Wechseln. Es mule wie Schicksal an, daß die Stellung, in die er jetzt komme, seine erste Stellung als junger Vikar gewesen sei, und daß er am selben Tage dort eintrete wie seinerzeit als Vikar. Selbstverständlich werde er seine Tätigkeit in Calw nie vergessen, ganz abgesehen, daß er durch Frau und Kinder mit der Stadt eng verbunden, und auch schon 18 Jahre Bürger sei. Habe er doch ganze Generationen in dieser Zeit heranwachsen sehen und ein gut Teil davon in seiner Eigenschaft als Geistlicher kennen gelernt. Durch 15jährige Verwaltung des Bezirksamts habe er auch Gelegenheit gehabt, den Bezirk selbst kennen zu lernen. Wenn ein Calwer einmal nach Neuffen komme, so solle er auch ins Stadtpfarrhaus hineinschauen. Natürlich habe es während seiner Amtszeit auch Reibungen gegeben. Er habe stets in seinem Wirken die Auffassung von einem geistig freien, innerlich klaren und seinem Wesen nach männlichen Christentum vertreten, und wenn es dabei Konflikte gegeben habe, so werde er doch dieser Dinge ohne Herbitheit und Bitterkeit gedenken. Er wünschte der evangelischen Gemeinde, daß sich ihr inneres Leben entwickle und die Glieder der Gemeinde im Sinne der Bestrebungen des evangelischen Volksbundes sich zusammenschließen. Wir stehen vor manchen Neuerungen, und es freue ihn, daß der Sturm einem langjahren Entwicklungstempo gewichen sei. Man müsse sich vor Einseitigkeit und Uebertreibungen hüten, es solle kein engherziger konfessioneller Standpunkt einreißern. An dem teuren Gut der evangelischen Schule müsse festgehalten werden. Nachdem der Redner noch für die Kirchenbauunterstützung seiner Gemeinde, die am 1. Dezember stattfindet, ein Wort eingelegt hatte, dankte er zum Schluß nochmals allen herzlich für ihre Güte und ihr Wohlwollen, und erklärte, daß er und seine Familie Treue um Treue vergelten werden.

Eine Reihe von musikalischen, gesanglichen und deklamatorischen Vorträgen verschönte die würdige und gemütvolle Feier. Mitglieder des Kirchengesangsvereins unter Leitung von Rechtsanwält Heinald sangen einige stimmungsvolle Abschiedslieder, Herr Karl Wehler trug unter Klavierbegleitung von Herrn Hauptlehrer Lichele ein paar feinsymphonische klassische Violinstücke vor, drei Mitglieder des Jünglingsvereins erfreuten den Scheidenden mit ersten und heiteren Deklamationen und einige schöne in die Abschiedsstimmung passende Volkslieder wurden gemeinsam gesungen. Mit dem allgemeinen Gesang des Kirchenlieds „Befiehl du deine Wege“ erreichte die erhabene Feier ihren Abschluß.

Wir glauben im Sinne der evangelischen Gemeinde und der städtischen Bevölkerung überhaupt zu sprechen, wenn wir auch an dieser Stelle Herrn Stadtpfarrer Schmid und seiner verehrten Familie für seine segensreiche Wirksamkeit in hiesiger Stadt aufrichtigen Dank sagen und ihnen ein herzlich willkommen nachzusehen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 2. November 1920.

Trennungszulage für Beamte und Lehrer.

Infolge der Wohnungsnot können vielfach Beamte und Lehrer bei Beförderungen und Neuernennungen auf Stellen an dem neuen Dienstort eine Wohnung nicht finden. Sie sind gezwungen, die Familie an bisherigen Dienstort zurückzulassen und einen besonderen Haushalt zu führen. Zur Befreiung des Mehraufwands wird nach dem Schullastengesetz solchen Beamten und Lehrern eine Trennungszulage gewährt. Bei den Beamten wurde sie bisher vom Staat getragen, bei den Lehrern wird sie neu eingeführt. Wo die Gemeinde zur Stellung einer Dienstwohnung verpflichtet ist, soll sie künftig die Hälfte der Trennungszulage tragen, die andere Hälfte übernimmt der Staat.

Der Württ. Städtetag zum Landessteuergesetz.

Im Rathaus in Stuttgart fand am vergangenen Freitag eine öffentliche Vollversammlung des Württ. Städtetages statt, bei der 55 städtische Gemeinden vertreten waren. Es handelte sich um die Aussprache über das Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz und die Gemeinden. Oberbürgermeister Lautenschlager sprach Begrüßungsworte. Rechtsrat Dr. Frank gab einen Bericht über das Landessteuergesetz, der in eine scharfe Kritik überging. Die Selbständigkeit und Selbstverwaltung der Gemeinden dürfe nicht noch mehr eingeengt

werden. die Umf... 50 Proz... wurde f... 1. Die g... gegangen... verwalt... man in... tag legt... freie G... staatlich... Landbes... tungsr... Minist... tag erw... besonde... lassen a... an der... sigung... schon j... haushal... in der... eine u... füllen, i... Erträge... gebiete... bedürfn... Rechnu... Schwach... Der Au... gewinne... aus der... Steuerv... gleichst... fälltata... eine Be... radegu... sehung... Städte... Amtsfor... ren. An... sie für... der nach... Dr. Sch... Alter-B... bürgerm... sowie R... föhrit i... der Regi... teilnehm... Dr. A... meinden... leit eing... zulasse... Städte... Prozent... bedeu... der Ver... stimmig... (SCH... arbeiter... hier, ha... seiner W... Angel in... (SCH... amts wa... Verbrauc... die Hera... tam folg... pflichten... 10. K. he... iges Ne... Anbere... hin zu u... abgeben... sein, bis... heitlich... (SCH... tam von... auto. S... merksam... Wagen f... schlauch... schiedener... mit größ... die Land... von Weß... Auch d... (SCH... wurde b... Die beide... das Flei... dem Kor... es bereit... hofen, der... Weg gef... sich auf d... leg gefe... Dankeswo... Richtung... noch nicht...

gen gepflanzt habe.
it des Herrn Stadt-
r. Nodel wies
en Religionsunter-
unfere Pflicht, das
alten der Zeitkö-
es verstanden, die
er Realschule durch
n des Wortes Got-
ziehung mit reichen
en Lebensweg mit-
trachtung über das
Familien wünschte
e auch in Neuffen

er eines solchen
ender Beurteilung
und er sage allen
zu dem die Ange-
sch erschienen seien,
und Wohlwollen
mer etwas Schwe-
man ist nicht um-
man sich eingelebt
e 1915, als Delan
nicht ausgeben,
so doch jetzt so viel
neue Wege wolle.
n. Es mule wie
tome, seine erste
daß er am selben
Selbstverständnis
t, ganz abgesehen,
st eng verbunden,
er doch ganze Ge-
und ein gut Teil
en geleert. Durch
er auch Gelegen-
Wenn ein Calwer
Stadtpfarrhaus
ner Amtszeit auch
Wirken die Auf-
saren und seinem
und wenn es dabei
dieser Dinge ohne
der evangelischen
e und die Glieder
des evangelischen
hen vor manchen
in einem langjame-
üsse sich vor Ein-
ein engherziger
teuren Gut der
Nachdem der
Gemeinde, die am
te, dankte er zum
e und ihr Wohl-
Treu um Treue

en und deklama-
gemittelte Feier.
lung von Rechts-
svolle Abschieds-
ierbegleitung von
sfundene klassische
vereins erfreuten
eklamationen und
Bolslieder wur-
Gefang des Kir-
erhebende Feier

Gemeinde und der
wenn wir auch an
seiner verehrten
lefiger Stadt auf-
Beibehaltung nach-

2. November 1920.
Lehrer.
Beamtete und
igen auf Stellen
nicht finden.
eriger Dienstort
zu führen. Zur
dem Schullasten-
eine Trennung-
bisher vom Staat
geführt. Wo die
verpflichtet ist,
age tragen, die

Steuergesetz.
ergangenen Frei-
würdt. Städtetages
eten waren. Es
übertragungs-
ürgermeister Bau-
rat Dr. Frank
ek, der in eine
gkeit und Selbst-
mehr eingeengt

werden. Den Mehrebedarf der Gemeinden könne man nicht auf die Umlagen übertragen, sonst läme man zu Sähen von 40 bis 50 Prozent bei den einzelnen Gemeindeverwaltungen. Es wurde folgende Entschlieung einstimmig angenommen: 1. Die württ. Regierung hat in mehreren dem Landtag zugegangenen Gesetzesvorlagen eine Beeinträchtigung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden in Aussicht genommen, die man in Württemberg bisher nicht gekannt hat. Der Städtetag legt entschieden Verwahrung ein gegen jeden Versuch, die freie Entwicklung der Gemeinden durch die Bevormundung staatlicher Behörden zu beschränken. Er vertraut zum Württ. Landtag, daß er den auf eine Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden gerichteten Bestrebungen einzelner Ministerien ein für allemal ein Ziel setzt. — 2. Der Städtetag erwartet eine baldige Regelung des Lastenausgleichs, insbesondere die Übernahme der gesamten persönlichen Schullasten auf den Staat ohne Kürzung des Anteils der Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Um die Beteiligung des Staats an dem Lastenausgleich sicherzustellen, sind schon jetzt hinreichende Mittel für diesen Zweck in den Staatshaushaltsplan einzustellen. 3. Wenn die Gemeinden weiterhin in der Lage sein sollen, die ihnen zugewiesenen Aufgaben ohne eine unerträgliche Überbeanspruchung der Ertragssteuern zu erfüllen, ist eine ausreichende Beteiligung der Gemeinden an den Erträgen der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer eine gebieterische Notwendigkeit. Das Landessteuergesetz trägt den Bedürfnissen der Gemeinden in dieser Richtung nicht genügend Rechnung: a) Der Gemeindeanteil ist zu nieder bemessen. Schwachen Gemeinden fehlt jede Möglichkeit der Entlastung. Der Ausgleichsstock kann nur dann eine praktische Bedeutung gewinnen, wenn der Staat auf die Steigerung von 25 Prozent aus der Einkommen- und Kapitalsteuer verzichtet. Dem Steuerverteilungsausschuss ist ein Kontrollrecht über den Ausgleichsstock einzuräumen; b) der Zuschlag zum Grund- und Gebäudekataster muß mindestens 300 Prozent betragen, wenn nicht eine Bevorzugung des ländlichen Besitzes eintreten soll, die geradezu aufreizend wirken müßte; c) nur unter der Voraussetzung einer solchen Erhöhung des Grundkatasters kann sich der Städtetag mit dem im Entwurf vorgesehenen Aenderung der Amtskörperschaftsumlage im wesentlichen einverstanden erklären. Andernfalls müßte die Umlage so umgestaltet werden, daß sie für die Städte eine jühlbare Entlastung bringt. — An der nachfolgenden Aussprache beteiligten sich Oberbürgermeister Dr. Schwammberger-Ulm, Stadtschultheiß Fröhlich-Craillsheim, Alster-Bödingen, Carl-Mehingen, Gutkunst-Juffenhäuser, Oberbürgermeister Fülle-Heidenheim und Dr. Mülberger-Eßlingen, sowie Rechtsrat Dr. Kopp-Stuttgart, der das 5-Millionen-Defizit im Staatshaushalt im Paradedesizit nannte. Namens der Regierung und für den an der Etatsberatung im Landtag teilnehmenden Finanzminister Diehsing sprach Ministerialrat Dr. Dehlinger. Nicht der Staat habe das Finanzjeld der Gemeinden verschuldet und die Gemeinden in ihrer Selbständigkeit eingeschränkt, sondern das Reich. Wenn es die Finanzlage zulasse, werde der Staat den Wünschen der Gemeinden und des Städtetags Rechnung tragen. Die Regierung sei nur für 100 Prozent Erhöhung der Grundkataster. Das Landessteuergesetz bedeute nur eine vorläufige Regelung. Das Schlusswort sprach der Berichterstatter Dr. Frank, worauf die Entscheidung einstimmig angenommen wurde.

(S.C.B.) Altensteig, 1. Nov. Der 21 Jahre alte Notstandsarbeiter Gottlob Birkle, Sohn der Dreherwitwe Birkle hier, hat sich erschossen. Nach einem Wortwechsel mit seiner Mutter legte er sich auf sein Bett und schoß sich eine Kugel ins Herz. Der Tod trat sofort ein.

(S.C.B.) Zentnerstedt, 1. Nov. Auf Veranlassung des Oberamts waren die Vertreter der Erzeuger, Metzger, Händler, Verbraucher und Behörden des Bezirks versammelt, um über die Herabsetzung der Vieh- und Fleischpreise zu beraten. Es fand folgende Vereinbarung zustande: Die Metzger verpflichten sich, vom 10. November ab den Rindfleischpreis auf 10 M herabzusetzen, wenn sie von den Landwirten vollfleischiges Rindvieh zu 550 M den Zentner Lebendgewicht bekommen. Andererseits verpflichten sich die Vertreter der Landwirte, dahin zu wirken, daß die Landwirte Vieh zu diesem Preis abgeben. Die getroffene Regelung soll nur eine vorläufige sein, bis die Organisationen der Landwirtschaft die Preise einheitlich für das ganze Land festgesetzt haben.

(S.C.B.) Gosbach (Ost. Weislingen), 1. Nov. Gestern abend kam von Draudenstein her ein schwer mit Säcken beladenes Lastauto. Schultheiß Handschuh, von einem Bürger darauf aufmerksam gemacht, ließ sofort die Straßen durch quer gestellte Wagen sperren, hielt mitten im Ort das Auto an und beschlagnahmte die Frucht, die aus etwa 100 Ztr. Getreide verschiedener Art bestand. Es ist sehr wahrscheinlich, daß man es mit größeren Schiebern zu tun hat. Zwei Stunden später hob die Landjägermannschaft ein Pferdewerk auf, das von Weilerheim kam und nach Auendorf bestimmt war. Auch dies hatte eine ansehnliche Menge Getreide geladen.

(S.C.B.) Herleshausen (Ost. Leutkirch), 1. Nov. In der Nacht wurde bei Wirt Sigg ein 1 1/2 Ztr. schweres Rind gestohlen. Die beiden Diebe führten es fort, schlachteten es und verpackten das Fleisch. Als sie mit der Schlachtung fertig waren und mit dem Korb in Richtung nach Gehrshofen marschierten, begann es bereits zu dämmern. Der Bauernsohn Müller von Töberzhofen, der gerade nach Rißlegg fuhr und von ihnen nach dem Weg gefragt wurde, lud aus Gefälligkeit den Fleischkorb zu sich auf den Wagen, da die beiden erklärten, daß sie nach Rißlegg gehen wollten. In Rißlegg verabschiedeten sie sich unter Dankworten, lösten Bilette und fuhren samt dem Korb in Richtung Auendorf weiter. — Erwünscht hat man sie bis jetzt noch nicht.

Mutmaßliches Wetter am Mittwoch u. Donnerstag.
Eine starke Störung zieht rasch von Westen auf und hat den Einfluss des Hochdrucks gebrochen. Am Mittwoch und Donnerstag ist kaltes Wetter zu erwarten.

Landtag.

Generaldebatte zum Staatshaushalt.

(S.C.B.) Stuttgart, 30. Okt. Präsident Walter eröffnet die 21. Sitzung vormittags 9 1/2 Uhr bei schwach besetztem Hause.

Eingelaufen ist ein selbständiger Antrag des Abg. Bagille und Genossen betr. die fortwährende Steigerung aller Lebensmittelpreise und eines Aufrufs an die württembergische Bevölkerung.

Das Haus tritt dann in die Generaldebatte zum Staatshaushaltsplan ein. Am Regierungstisch sämtliche Minister.

Abg. Reil (Soz.): Körners Rede war eine einzige Anklage gegen die Zustände der Gegenwart, die doch nichts anderes sind, als eine unabwendbare Folge der Politik Körners und Genossen und der Kriegspolitik. Ich bewundere nur den Mut, mit dem man seine eigenen Sünden vergessen machen will. Der Statentwurf könnte beruhigend wirken, wenn er der Ausdruck stabiler Verhältnisse wäre. Aber der Etat beruht auf unsicheren Grundlagen und starke Enttäuschungen haben wir bei seiner Durchführung und beim Rechenabschluß zu gewärtigen. Der Reichseinheit zuliebe hat die Reichsregierung den Friedensvertrag anerkannt, trotz der Daumenstrichen, die er anlegte. Der Einheit wegen haben die Länder auf die Landessteuereinheit verzichtet. Die veränderte Einteilung des Staatshaushalts ist zu begrüßen. Die Scheidung in persönlichen und sachlichen Aufwand entspricht einem langjährigen Wunsch. Wir erklären in der gleichmäßigen 50prozentigen Steuerzulage einen schweren Mangel, die höheren Einkommen behalten zu viel. Die zahllosen Eingaben sind zu prüfen und ein sozialer Ausgleich zu schaffen. Der Zusammenhang zwischen Teuerung, Beamtenbesoldung und Steuerlast wird vom Volke noch zu wenig beachtet. Die Teuerung äußert sich letzten Endes am Steuerzettel. Verantwortlich sind die Agitatoren, die bei den Erzeugern eine Steigerung der Preise veranlassen. Ueber Sparjamkeit und Staatsvereinfachung ist das Haus einer Meinung. Hierher gehört auch, daß die Beamtenabgeordneten in den Parlamentspausen ihren Staatsdienst versehen. Die Beamten sollten keinen Freibrief erhalten, sondern mit gutem Beispiel vorangehen. Es ist zu untersuchen, ob die Nebenbezüge der Beamten gestrichen werden können. Die Summen für Erwerblose müssen erhöht werden, ein Existenzminimum muß erreicht werden. Die Erwerbslosenfürsorge muß auf die Grundlage eines Reichsvereinfachungsgesetzes gestellt werden. Das 8. Schuljahr ist in der Reichs- und Landesverfassung festgelegt worden, wir werden alle Kraft aufbieten, daß an dieser Grundlage nicht gerüttelt wird. Mit dem Württ. Städtetag erheben wir die Forderung, daß die persönlichen Schullasten in ganzem Umfang vom Staat übernommen werden. Eine Härte bedeutet das Theatergesetz gegenüber der Stadt Stuttgart. Sie ist formell nicht im Unrecht. Ich hoffe, daß auf dem Wege vertraglicher Vereinbarungen ein Ausgleich herbeigeführt wird im Sinne des Regierungsentwurfs. Der Kunststempel darf nicht veröden. In Zukunft werden die Erträge der Reichseinkommensteuer geringer ausfallen. Der Plan des Finanzministers steht in der Luft. Was den Zahlen zugrunde liegt, sind Schätzungen und Vermutungen. Das Landesteuergesetz ist ein provisorisches. Es soll nur für drei Jahre gelten. Deshalb ist die Erhöhung der Grundkataster besonders nötig auf 300 Proz., wie es der Städtetag will. Was die Regierung vorschlägt (100 Proz.) genügt nicht. Die Verschuldung von Grund und Boden ist so gut wie ganz verschwunden. Der Ertrag der landwirtschaftlichen Grundstücke ist zum mindesten um 100fache gesteigert. Die Erhöhung des Grundkatasters um 300 Proz. ist besonders berechtigt bei der unzureichenden Erfassung des Einkommens der Landwirte. Der Städtetag hat gegen die ungleiche Behandlung der verschiedenen Einkommensarten Stellung genommen. Mit Recht, die Lasten dürfen nicht ungleichmäßig verteilt werden. Die Waldkataster können wesentlich erhöht werden. Es ist auch der Zeitpunkt gekommen, den größeren fürstlichen Waldbesitz in den Besitz der Allgemeinheit zu überführen. Die kleinen Einkommen müssen von den Steuern entlastet werden. Die Besteuerung der Mindesteinkommen durch die Gemeinde halten wir nicht für angängig. Die Rechte und der frühere Finanzminister Pitörus sind nicht zur Kritik an der gegenwärtigen Steuergesetzgebung berechtigt. Der Redner polemisiert dann länger gegen Körner und die Rechte. Die schrankenlose Profitwirtschaft verträgt unser bittlerarm gewordenes Volk nicht. Aus volkswirtschaftlichen und nationalen Gründen muß die Regierung Gegenmaßnahmen treffen, damit der Grundbesitz nicht in die Hände von Ausländern übergeht. In Stuttgart sind zahlreiche Häuser in fremde Hände übergegangen. Die Ortschaft bedeutet eine Gefahr für Württemberg. (Wider: Das ist eine Unterstellung.) Das bayerische Vorbild wird von uns abgelehnt, mit der Stellung der württ. Regierung sind wir nicht ganz zufrieden. Von der Reichsregierung verlangen wir Revision des Versailles Vertrags, Erhaltung Oberkärntens. Zum Schluß spricht Reil von früheren Kaiserhaus als von einer abgewirtschafteten Firma (scharfe Zureufe von rechts) und kommt auf die großen Fragen der Reichspolitik.

Präsident Walter gibt den Antrag sämtlicher Parteien bekannt, das Landesgesetz einem 17gliedrigen Ausschuss, die übrigen Etatsgesetze dem Finanzausschuss zu überweisen.

Abg. Hahnemann (D. d. V.): Der Etat ist günstiger als wir erwarteten. Redner begrüßt die neuen Formen des Stats. Auf 103 Schwaben kommt 1 Landesbeamter, dazu die Reichs- und Gemeindebeamten, ein so unerhörtes Meer von Beamten, daß Reduktion der Beamten durchaus notwendig

erscheint. Bei den Staatsbetrieben kommt neben dem gemischt-wirtschaftlichen Betrieb, für gewisse Betriebe die Verpachtung in Frage. Wie steht es mit den Blei- und Zinkwerken und der Neuderei Schwaben? Die Sparjamkeit hat hier im Hause auszufangen mit Einschränkungen bei Reden, Debatten, namentlich auch deshalb, weil das Haus nun 3-färbig sei. Beim Justizetat gehen 3 1/2 Mill. der Geldstrafen ein, ein Beweis vom Willen der Justizverwaltung, Ordnung zu schaffen. Kein Staatsmann könnte eine größere Einseitigkeit in der Reichssteuerfrage durchführen, als dies geschehen. Wir müssen unserm Finanzminister dankbar sein, daß er im Vorjahr die Steuern erhöht hat, daß wir ohne größeren Fehlbetrag durchkamen. Das Landessteuergesetz ist besonders gründlich zu beraten, und die Einwendungen des Städtetages sind zu prüfen. Wir wollen uns nicht nur als Vertreter des Landes, sondern auch als Vertreter der Gemeinden betrachten; aber auch der Städtetag sollte die Zusammenhänge zwischen Staats- und Gemeindefinanzen besser durchdenken. Man bekommt den Eindruck, daß der Städtetag rasch an die Arbeit herangegangen ist. (Widerspruch des Abg. Mülberger.) Die Situation der Gemeinden ist nicht ganz so, wie es nach den Beschlüssen aussieht. Wir müssen sparen im Reich, in den Ländern und Gemeinden; aber man hat den Eindruck, daß die Stadtväter gar zu leicht Ausgaben verwilligen. Der Vorwurf der Gemeinden, daß der Staat zu wenig persönliche Schullasten übernehme, ist nicht richtig. 70 Millionen hat der Staat übernommen. Das Verhältnis von Staat und Gemeinden bei diesen Lasten verhält sich wie 13 : 1 (früher 6 : 1). Der Beamte darf keine Politik treiben. Es ist eine Art Ausnahme gegen eine Gemeinde, ihr durch Gesetz eine Millionenausgabe zuzuweisen. Deshalb ist mit Stuttgart eine Verständigung zu suchen, damit eine Schließung des Kunstinstituts verhütet wird. Der Redner behandelt sodann die finanzielle und rechtliche Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche im Sinne der geplanten Regelung. Wir wollen die Scheidung zwischen Pflichtleistung und freiwilligen Zuschüssen im Interesse des Staates vornehmen. Eine leichte Besserung unserer wirtschaftlichen Lage ist insofern festzustellen, als Erwerbslosigkeit und Streiks etwas abgenommen haben. Wir erbitten von der Regierung eine Statistik darüber, in welchem Umfang Hypotheken gelöscht wurden, damit wir zeigen können, was für die Landwirtschaft geschehen ist. Der Redner nimmt sodann den Minister Schall gegen die Angriffe Körners in Schutz; nicht der Minister gehöre vor den Staatsgerichtshof, sondern der Abg. Körner vor den Straßengerichtshof. In der Preispolitik ist das Verhalten des Bauernbundes so pharisaisch, daß die Geistlichen, die im Bauernbund zahlreich vertreten sind, entgegenwirken sollten. Der Ausgleich zwischen Stadt und Land wird von allen angestrebt mit Ausnahme des Abg. Körner, der eine Brandrede hielt. (Lachen rechts.) Die Fürsorge für den Wohnungsbau darf nicht vernachlässigt werden. Wir brauchen ein Gebäudebrandsteuergesetz. Ein Teil der Baukosten ist seiner Pflichten nicht nachgekommen. Redner appelliert an die Ehre der Bankleute und Bankbeamten, damit Ordnung gehalten werde im Interesse des Gesamtwohles unseres Vaterlandes. Die Bankgewinne sind ins Riesenhafte gewachsen. Die Valutapapulationen sind ein Krebsgeschwür für das Ganze. Zum Teil werden sie von Privatbanken betrieben, zum Teil auch von Angestellten der Großbanken. Der Devisenhandel erleichtert die Steuerflucht ins Ausland. Die Regierung sollte Nachschau halten und ein Kontrollsystem für Valutatransaktionen einführen. In politischer Beziehung bemerkt der Redner: Die Regierung ist gestärkt durch den Ausgang des Generalstreiks und durch die verfehlten Angriffe der Rechte. Die Rechte hat sich auf den Jollierschemel gestellt. (Lachen rechts.) Das Zusammenarbeiten der Regierungsparteien vollzieht sich loyal. Wenn wir heute wählen würden, wäre die Zusammenziehung des Hauses günstiger. Was wollen Sie (nach rechts) wiederherstellen? Die Gottes-Gnaden-Monarchie? Als ehrliche Christen müßten Sie deren Beseitigung auch als Gottes Gnadentum aufnehmen. Wenn wir noch einen König hätten, er könnte keine andern Männer an die Spitze stellen. (Lachen.) Sie, zur Rechten, arbeiten in einer Romantik. Große Teile des Beamtentums — namentlich Geistliche und Lehrer — leisten gegen die neuen Verhältnisse geistige Resistenz. Auch die Justiz steht noch weitgehend auf altem Boden. Rechts will man mit der Orgeish von Bayern und dem Adel von Preußen dem Reich Schwierigkeiten machen. (Lachen und Zureufe.) Aber das Reich ist stärker als diese Zangengeburt selber. (Heiterkeit.) Redner behandelt dann die Stellung zu den Sozialisten. Wir müssen sehen, daß Bayern auf dem Wege nicht weiterschreitet, und müssen zusammen mit Baden jüddische Politik machen. In Württemberg soll eine Politik gemacht werden, daß es in ganz Deutschland zieht.

Schluß nach 1 Uhr. — Mittwoch, nachmittags 4 Uhr: Kleine Anfragen und Fortsetzung.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

NIVEA

Die Ärzte empfehlen als Hausmittel gegen rote Hände, spröde, rissige Haut, bei kleinen Verletzungen, Brandwunden, leichten Ausschlägen und Entzündungen wegen ihrer kühlenden und heilenden Wirkung Nivea-Creme.

In Blechdosen und Tuben zu haben in den Apotheken und Drogeriehandlungen.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
Die auf Lebensmittelmarke Nr. 227 bestellten Haferflocken können gekauft werden. 1 Anteil 300 Gramm.

Wirtt. Amtsgericht Calw.

Im Handelsregister für Gesellschaftsfirmen wurde am 28. Oktober 1920 eingetragen: die Firma Auler & Krapp, Kommanditgesellschaft zum Zweck der Erz-Aufarbeitung und zur Herstellung von Metallsalzen und Handel mit einschlägigen Produkten seit 1. September 1920. Persönlich haftende Gesellschafter sind:

- 1) Peter Auler, Fabrikant in Neuenbürg;
 - 2) Wilhelm Krapp, Ingenieur in Heidelberg.
- Jeder dieser beiden persönlich haftenden Gesellschafter ist zur Vertretung der Gesellschaft allein berechtigt. Sechs Kommanditisten.

Den 30. Oktober 1920.

Amtsrichter Dr. Otto.

Das angeforderte Fed-Reißig wird heute zugeführt.

Die Besteller wollen sich danach umsehen.
Calw; den 2. November 1920.

Stadtpflege: Frey.

Altburg.

Im Wege der Zwangsvollstreckung kommen am Donnerstag, den 4. ds. Mts., vormittags 11 Uhr beim Rathhaus gegen bare Bezahlung zur Versteigerung:

280 Stück Cigarren und 7 Paket Tabak.

Geriichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw: Ohngemach

Winterschuwaren für Erwachsene und Kinder
empfehlen

W. Schäberle, Hutgeschäft, Markt-Platz.

Neue Fahrpläne

für den Oberamtsbezirk

sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes für 50 Pfg. zu haben.

Fleisch- und Wurstpreise

ab 1. November:

Rindfleisch	11 Mk. pro Pfd.
Schinkenwurst	12 " " "
Schwartenmagen	7 " " "
Blut- u. Leberwurst	7 " " "

Metzger-Innung Calw.

Citacifa Ein herrlicher Tabak!

Garantiert rein überseeischer Rauch-Tabak 100 Gr-Paket nur **7 Mk.** noch

Befriedigt den verwöhntesten Raucher!

In jedem Geschäft zu verlangen
Vertreter an allen Plätzen gesucht!
A. Lindauer, Stuttgart
Hauoecker-Strasse 25



Zur Ausführung elektr. Licht- und Kraftanlagen, Klingelanlagen, Reparaturen aller Art,
auch für Städtische Arbeiten zugelassen

empfehlen sich

Adolf Braun, Biergasse, Installations-Geschäft.

Gesucht 15000 Mk.

gegen gute Sicherheit von Selbstgeber.
Angebote unter L. 2. 256 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Ehe Sie einen Rauchkasten kaufen



verlangen Sie Prospekt von Gebr. Dongus, Deckenpfronn.

Umarbeiten von Samt, Seide u. s. w. Hüten auf neuen Formen

Fr. Dann, Pforzheim
Ge-tragene Herren-zylinder werden zu modernen Damenhüten umgearbeitet.

Grundstück-Gesuch!

Moderne Villa, 10-12 Zimmer, nebst Zubehör und Stallung, als Einfamilienhaus b a l d m ö g l i c h t gegen Barzahlung zu kaufen gesucht. Möglichst Warmwasserheizung, elektr. Licht usw. Nähe Calw, Liebenzell oder Roggold bevorzugt. Vermittler verboten. Gefl. ausführliche Angebote mit Preisangabe erbeten an

Fritz Förster, Bad-Liebenzell, Hotel zum „Hirsch“.

Laufmädchen

für einige Stunden im Tage für sofort gesucht.
Frau Gottlieb Pfeiffer, Mühlweg 240.

Lüchtiger

Pferdefnecht, der auch im Langholzführen bewandert ist, wird

gesucht.

Alber & Stäbler, Baugeschäft.

Schulentlassener Junge

als **Hausbursche** gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

2 vorzüglich heizende, wenig gebrauchte

Füllöfen

sind preiswert zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Badischer Hof. Calw.

Dienstag, 2. November 1920, abends 8 Uhr:

Kammermusik-Abend des Gumposch-Trio aus Stuttgart

Herren: R. Gumposch (Violine), H. Malle (Cello), W. Oertel (Klavier).

Werke v. Brahms, Smetana, Stojowsky, Dvorak.

Vorverkauf: Buchhandlg. Kirchherr, Preise: 1. Platz 4.50; 2. Pl. 3.50; Gallerie 2.50 Mk. (einschl. Steuern).

Wirtsverein Calw

Donnerstag, den 4. ds. Mts., mittags 3 Uhr

Bersammlung

bei Kollege Ziegler, zum „Rebstock“. Bünkliches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Schuh- und Wäsche-Verkauf d. freien Gewerkschaften Pforzheim
Klostermühlgasse 1.

Neu eingefroffen:

Herren-, Damen- und Kinderschuhe in allen Qualitäten und Preislagen, Hausschuhe für Kinder, Damen und Herren, in Kamelhaar und Tuch, Scheuertücher (Putzlumpen), Männer- und Frauenhemden in Flanell, Trikot und Stoff, fertige Goldschmieds-Blusen, Pofisseusen-Schürzen, blaue Arbeitsschürzen, Damen- und Kinderstrümpfe, Herrensocken, Taschentücher, weiß u. farbig, Kern-, Toilette- u. Rasier-Seife. In den nächsten Tagen treffen ein: Strickwolle, Haushaltkerzen; ferner empfehlen wir unser reichhalt. Lager in Wäsche u. Stoffen aller Art.

Unser Verkaufslokal ist geöffnet täglich von 9-1 Uhr vormittags, 3-6 Uhr nachmittags.

Verkauf an Jedermann.

Allg. Deutsch. Gewerkschaftsbund Ortsausschuss Pforzheim.

Verkaufe 1 guterhaltenen

Feder-Wagen

(geeignet für Meßger). Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Stammheim.

Einen erstklassigen **Ziegenbock**

zu verkaufen oder gegen

Ziege

zu vertauschen.
Fritz Böhret.

Einen 22 Monate alten hochwüchsigem

Zuchtfarren (Gelbscheck)

hat, weil überzählig, zu verkaufen.
Farrenhalter Schöninger, Dennjacht (Station Unterreichenbach).

Wer unreines Blut hat?

Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden, schlechte Verdauung Blutandrang nach d. Kopfe, Kopfschmerz, trinke Dr. Bußes echten Frangulatee, zu haben bei: Huths einer u. Kistowsky, Ritter-Drogerie.

1 Waschkessel, (transportabel),

1 Brückenwage (10 Zentner Tragkraft),

1 Sigbadewanne (verzinkt),

4 junge Hühner, sowie **Hühnerfutter** (Körner- und Weichfutter) ist zu verkaufen.

Kronengasse 113.

Dienstboten - Gesuche

haben in unserem Blatte (da ja der grösste Teil der Auflage Verbreitung auf d. Lande findet) **gewünschten Erfolg!**

Versteigerung von Heeresgut!

Montag, den 8. November, ab 9 Uhr vormittags werden die

Bestände der Ludwigsburger Lagerstellen

- 1) Reithaus Mathildenkaserne
 - 2) Baracke V am Exerzierplatz
 - 3) Baracke VIII am Exerzierplatz
- in Losen an die Meistbietenden versteigert.

Bestandsübersichten sind vom 2. November ab bei der unterzeichneten Stelle, Zimmer 16, erhältlich. Die Ware ist sofort nach Zuschlag zu bezahlen und abzutransportieren.

Die Musterausstellungen in

- Ludwigsburg, Wilhelmsplatz 6
 - Wangen Neben-Artillerie-Depot (Straßenbahn-Haltestelle Lackfabrik.)
 - Untertürkheim, Mercedesstraße 90
 - Ulm, Wörthstraße
- werden weiter geführt.

Ein großer Posten Lampen und Schnallen (in Ludwigsburg)
18 Tonnen schwarzblaue Tuchlumpen (in Wangen Nebenartilleriedepot)
sind besonderer Beachtung wert.

Reichstreuhandgesellschaft, Aktiengesellschaft,
Zweigstelle Stuttgart, Friedrichstraße 21.



TORPEDO

neueste

Schreibmaschine

Ein Triumph deutscher Technik.

Unverbindliche Vorführung und Lieferung zu Origin.-Fabrikpreisen durch den Alleinvertreter für den Schwarzwald:

Louis Schleh, Bürohedarf, Freudensiedl.

Eventl. werden gebr. Maschinen in Zahlung genommen.